



## Familienreport 2017 – „Vorschläge aus Absurdistan“

In einer Pressekonferenz vom 15.09.2017 stellte Familienministerin Katarina Barley den Familienreport 2017 vor (Titel: [“Investitionen in Infrastruktur für Familien – ein Motor für inklusives Wachstum“](#)). Im unter Federführung des Wirtschaftsinstituts Prognos AG erstellten Bericht wird gefordert, der „demografisch vorgegebenen Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung“ mit einer noch höheren Erwerbsbeteiligung der Eltern, besonders der Mütter, zu begegnen (S. 7).

Tatsächlich beschäftigt sich das Papier ausschließlich damit, wie Eltern noch stärker als Erwerbsarbeitskräfte mobilisiert werden können, um die Renditen der Wirtschaft zu erhöhen. Der stellvertretende Vorsitzende des Verbands Familienarbeit, Dr. Johannes Resch, äußert sich dazu: “Wenn Eltern – statt ihre Erziehungsarbeit endlich angemessen zu honorieren – noch stärker in die Erwerbsarbeit gedrängt werden, wird sich die demografische Entwicklung weiter verschärfen. Noch schlimmer ist, dass das die soziale Ungerechtigkeit in Form der Ausbeutung von Eltern, besonders der Mehr-Kind-Familien und der Alleinerziehenden, weiter verstärkt. Eltern müssen auch heute noch die Investition in Kinder finanzieren, obwohl andere, z.B. über die Alterssicherung, davon weit mehr profitieren. Dieses familienfeindliche Gesellschaftskonzept soll nun laut Familienreport noch weiter ausgebaut werden. Das ist, als ob man ein Feuer mit Brennholz ersticken wollte – ein Vorschlag, der jeglicher Seriosität entbehrt und nach Absurdistan gehört.

An dem Report waren sechs Wirtschaftsinstitute, zwei sozialwissenschaftliche Institute und drei Arbeitgeberverbände beteiligt. Kindeswohl und Elternrechte waren dabei kein Thema. Versteht sich das Familienministerium nur als Ausführungsorgan der Wirtschaftslobby? So wird behauptet, die höhere Erwerbsbeteiligung der Mütter könne das 'Arbeitsvolumen' um 3 Prozent erhöhen. Wie weit die Qualität der Kindererziehung dann sinkt und um wieviel Prozent die Krankheitshäufigkeit bei Kindern und Eltern steigt, wurde nicht gefragt. Fachleute, die dazu hätten Auskunft geben können, waren nicht beteiligt. - Auch Juristen wurden nicht dazu befragt, wie die Diskriminierung von Mehr-Kind-Eltern und jungen noch in Ausbildung befindlichen Eltern im Elterngeldgesetz mit unserem Grundgesetz vereinbar ist. Im Vordergrund steht nur die Behauptung, das Elterngeldgesetz habe zu einer höheren Rentabilität der Wirtschaft geführt. Das mag kurzfristig sogar zutreffen. Bei Beachtung der Langzeitfolgen für Kinder und Eltern dürfte aber auch das ein Trugschluss sein.

Der Familienreport ist ein vom Familienministerium finanziertes pseudowissenschaftliches Machwerk, um eine extrem familienfeindliche Politik im Dienste größerer Profite für eine kleine Finanzelite zu rechtfertigen. Erforderlich sind Investitionen direkt in Familien statt einseitig manipulativ in Ersatzstrukturen wie Krippen und Ganztagschulen. Nur wenn Eltern über das Geld für die Kinderbetreuung selbst entscheiden können, ist ihr Erziehungsrecht gemäß Grundgesetz verwirklicht. Das bedeutet etwa 1.000 €/Monat für alle U3-Kinder.“

*Pressestelle Verband Familienarbeit e.V.  
20. September 2017*